

Gut besuchte Vollversammlung der Studierenden

Knapp 500 Studierende folgten am Mittwoch (16.11.) dem Ruf des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) der JLU Gießen zur ersten Vollversammlung der Studierenden im neuen Semester. Punkt eins der Tagesordnung waren die akuten Probleme bezüglich der Seminarrauswürfe. Kai Dietzel, Referent für Hochschulpolitik, sagte dazu: „Schon seit langem ist es gängige Praxis an unserer Universität, die Mehrzahl der Studierenden bei einer ‚Überfüllung‘ einfach aus den Seminaren hinauszuerwerfen.“ Die Situation habe sich in diesem Semester aber nun durch die Einführung eines elektronischen Anmeldesystems („FlexNow“) noch weiter verschärft. „Die Einführung von FlexNow macht die Hilflosigkeit der Universität deutlich, wie dem eigentlichen Problem der Überfüllung entgegengetreten werden soll.“, führte Kai Dietzel weiter aus. Der Ausschluss von Studierenden werde so nicht mehr nur – wie bislang – hingenommen sondern institutionalisiert. Davon abgesehen sei die konkrete Umsetzung des FlexNow-Systems doch eher als „landständig“ zu bezeichnen. Bei dem Versuch, sich zu diesem Anmeldesystem anzumelden, herrschten chaotische Verhältnisse, viele Studierende mussten für das Ziel, zu Seminaren und Vorlesungen zugelassen werden zu können, mehrere Stunden ausharren. Neben dem „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“-Prinzip wurde auch die offene Frage nach der Gewährleistung des Datenschutzes, als Folge von FlexNow, von der Vollversammlung kritisch beäugt. Es wurde ein Arbeitskreis ins Leben gerufen, in dem sich Studierende intensiv mit der Veranstaltungssituation an der JLU auseinandersetzen wollen.

Als nächsten Punkt auf der Tagesordnung thematisierte Björn Wortmann, Referent für Demokratie und Grundrechte, die Beschäftigung von 1€-Jobbern an der Universität: „Derzeit stehen noch drei Personen, begrenzt bis Februar 2006, in einem derartigen Arbeitsverhältnis. Das Studentenwerk trennte sich Ende Oktober von einem Fahrradmechaniker, der ebenfalls auf 1€-Basis beschäftigt war, obwohl das Angebot zur kostengünstigen Fahrradreparatur rege genutzt wurde.“ Die Vollversammlung sprach sich in diesem Zusammenhang in Form einer Resolution gegen die weitere Beschäftigung von 1€-Jobbern und für die Festanstellung der bisher auf 1€-Basis Beschäftigten aus.

Unter dem Tagesordnungspunkt drei führte Björn Wortmann die Auswirkungen der Pläne der großen Koalition auf die deutsche Hochschullandschaft aus. „Insbesondere steht die Existenz des Hochschulrahmengesetzes auf dem Prüfstand“, so Wortmann, „Bei einer Abschaffung sind demnach weitreichende Folgen auch für die hessischen Universitäten zu erwarten.“ Vom Referenten für den Arbeitsbereich Studiengebühren, Immanuel Fick, wurde auch die aktuelle Situation zum Thema Studiengebühren erläutert. Sowohl Baden-Württemberg als auch Nordrhein-Westfalen planen die Einführung von Erststudiumsgebühren für das nächste Wintersemester.